

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimal wöchentlich 7.— M., vierteljährlich 21.— M., u. Zustellungsgebühr, l. d. Ausgabezeitung abgeholt 7.— monatlich, durch umsonst, zweigebühren bei dgl. einmal, Zustellg. 6.— M., u. Beleggeld, circa ein Post monatlich 9.25 M., vierteljährlich 27.75 M., einjährig 100.— M., u. Zustellungsgebühr. Bestellung nehmen alle Postanstalten, Buchhändler, Zeitungsverkäufer, Einzel-Verleger, für unregelmäßigen Eingang. Manu tripe wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur m. Quellenang. „Saale-Zeitung“ gestattet. Ferner der Erschließung Nr. 1140, der Anzeigen-Abg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spaltenre 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 70 Pf., Familien- u. kleine Anzeigen (preislos) 8 Spaltenre 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Restlinien die 92 mm breite Millimeterzeile 3.— Mark. Bei Wiederholung Ermäßigung lt. bef. Anzeigenebenungen. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erschließungszeit: Halle, Erschließung täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Erschließung und Geschäftsstellen: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Baumhauer, 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 489.

Halle, Mittwoch, den 19. Oktober 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Amerika und der Weltkrieg.

Von Prof. Dr. Diehl.

Während bei den Friedensverhandlungen mit China der deutsche Bevollmächtigte eine treuwillige Erneuerung des Schuldverhältnisses förmlich ablehnte, wurde nach einer Notiz, die durch die Presse ging, bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten die Schuldfrage nicht berührt, aber der berichtigte Art. 231 steht in den Teilen des Versailles-Vertrages, welchen die Vereinigten Staaten übernommen haben. Auch im Reichstage wurde bei der kurzen Beratung über den Frieden die Schuldfrage offenbar nicht erwählt. Weniger Zurückhaltung in dieser Frage scheinen sich die antideutschen amerikanischen Kreise auszusprechen. Bei der Ueberprüfung der vom amerikanischen Kongresse gestützten Denkmäler am Grabe des „unbekannten Soldaten“ unter dem Triumphbogen in Paris sagte der gegenwärtige Botschafter Myron T. Herrick: „Im Jahre 1914 wurde gegen dieses Land ein abscheuliches Verbrechen planmäßig vorbereitet und dann ausgeführt.“ Dieser Satz klingt auffallend an die bekannten Wendungen in den Begleitenden zum Friedensvertrag, an ein Verbrechen, das man in diesen Kreisen den wahren Schuldverhältnissen nicht anerkennen will. Und doch fehlt es auch in den Vereinigten Staaten nicht an gewichtigen Zeugnissen gegen die Legende von der deutschen Allein Schuld. Schon im Jahre 1915 hat der bekannte Rechtslehrer an der New-Yorker Columbia-Universität durch in seinem Buch „Der europäische Krieg von 1914, seine Gründe, Ziele und wahrscheinlichen Ergebnisse“, ruhig sachlich den Verlauf der Kriese und die Schuld anderer abgelehnt.

Temperamentvoller und für uns merkwürdiger wegen der vermerkten Quellen ist die vor kurzem erschienene Schrift von Stewart C. Bruce, „Kriegsschuld und Friedensverbrechen der Entente“. Von Anfang an überzeugt, daß Deutschland, Großbritannien und Frankreich letzten Endes ebenso schuldig seien wie Deutschland, glaubt der Verfasser, man würde seine Pflicht gegen die Menschheit verachlässigen, wenn man jetzt, wo in den Vereinigten Staaten wieder Freiheit der Presse herrscht, nicht versuchen würde, die Schuldfrage wieder aufzurollen. Zugleich macht er einen energischen Angriff auf den Versailles-Friedensvertrag, der „in seiner Atmosphäre von Neid, Haß, Rache und Nachdruck zustande gebracht“, ein „Erpressungsvertrag an Deutschland“ und eine der Hauptursachen der Weltunruhe ist. Außerordentlich lehrreich sind die amerikanischen Zeitungsschnitten aus der Zeit des Kriegsausbruchs, die Bruce zusammengestellt hat. Besonders gründlich rechnet er mit den Engländern ab, denen er in seiner drastischen Ausdrucksweise manche bittere Wahrheit sagt. Treffend wird er der englischen Regierung vor, daß sie trotz Kenntnis der Folgen die russische Mobilisierung nicht verhindert habe.

Am meisten aber interessiert im gegenwärtigen Augenblick wohl der Abschnitt, in dem wir erfahren, wie Amerika in den Krieg durch die Diplomaten und Wilson hineingepreßt wurde. Bruce belegt, daß Belgien und die Verletzung der Neutralität nicht der wahre Grund sind. Ueber den U-Bootkrieg schreibt Bruce: „Nicht ist die Mutter der Entsendung, Not kennt kein Gebot! Nachdem Deutschland Großbritannien wiederholt genannt und an die Vereinigten Staaten appelliert hatte, entschloß es sich, das U-Boot einzusetzen. Das deutsche U-Boot ist der Schloßer Davids gegen einen überheblichen und anmaßenden Goliath“. Bruce beruft sich auch auf das Zeugnis von Wilson, der bekanntlich auf eine Anfrage im Senat erklärt hat, daß Amerika auf jeden Fall am Kriege teilgenommen hätte, auch wenn Deutschland keine Kriegshandlungen oder Rechtsverletzungen gegen amerikanische Bürger begangen hätte. Voll Bitterkeit und Grimm greift er Wilson an, der sich plötzlich aus einem sanftmütigen Friedensengel in den Kriegsgott verwandelt hätte, den das amerikanische Volk hilflos, wie Schafe ihrem Scherer, ausgeliefert gewesen sei, wobei die lehrreiche Bemerkung gemacht wird, daß amerikanische Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit sich wiederholt ganz anders gezeigt haben, als in der ersten.

Als Hauptgrund für das Eingreifen der Vereinigten Staaten betrachtet Bruce den Wunsch, die Munitionstransporte zu sichern und Englands Wiedererholung ebenfalls zu verhindern.

Angesichts der Rede, die Myron T. Herrick eben erst in Paris gehalten hat, gewährt es einen eigentümlichen Reiz, bei Bruce nachzulesen, was Honoratour in seiner Geschichte des Krieges vertragen hat, daß schon im Jahre 1915 nach der Marne-Schlacht der abgegebene amerikanische Botschafter Herrick, sein Nachfolger Sharp und im Vertreter Morgans das Eingreifen der Vereinigten Staaten in sichere Aussicht stellen mit dem Zusatz, zunächst sei nur eine kleine Minderheit für die Beteiligung, aber es werde gelingen, Stimmung zu machen.

Kaum bekannt in Deutschland war wohl vor den Entschlüssen von Bruce die daran folgende Geheimkonferenz in Washington, auf der 40 Millionen Dollar für die Kriegpropaganda in Rechnung genommen wurden. Noch im Jahre 1916 stimmten nur 3 Abgeordnete für Krieg, aber schließlich erreichte die Propaganda, die besonders mit Kriegsgeldern arbeitete, doch ihren Zweck. Wie selbst Roosevelt durch sie geführt wurde, wie es mit den „Freiwilligen“ ausfiel, mag man bei Bruce nachlesen. Von Bardieu hat man ja schon erfahren, wie Frankreich durch Kriegsbeschäftigte Fugiere, die nach den Vereinigten Staaten geflohen wurden, vernünftig werden ließ, ein Vorgang, an den man sich gerade jetzt erinnern darf, wo Warschau sich zu seiner, angeblich unrotlichen Amerikafahrt rüht.

König Ludwig von Bayern 7.

Sudapek, 18. Okt. (Melbung des Ungarischen Telegraphen-Büros.) König Ludwig von Bayern ist heute nachmittag 1/2 Uhr in Saraz verstorben.

Ludwig III., der letzte bayerische König, wurde am 7. November 1845 als Sohn des Prinzen Ludwig in München geboren. Seit 12. Dezember 1912, dem Tode seines Vaters, Regent von Bayern, wurde er am 6. November 1913 König. Die Revolution nahm ihn seinen Thron.

Die Botschafterkonferenz sucht ein Kompromiß.

Nach dem Echo de Paris wird heute Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, in Paris angekommen. Man wird sich bemühen, in der oberösterreichischen Frage innerhalb der Botschafterkonferenz ein Kompromiß zu finden. Das Blatt glaubt zu wissen, daß Frankreich einen vermittelnden Vorschlag in der nächsten Sitzung, die wahrscheinlich am Mittwoch stattfinden wird, vorlegen werde.

Demgegenüber behauptet Petit Parisien, daß sich kein alle Mitglieder der Botschafterkonferenz einig, daß man von der deutsch-polnischen Grenzlinie nicht die wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkerbundes trennen könne. Frankreich und England, wie auch die Zustimmung der Rat in Genf glauben, daß es dem Geiste der vorgezeichneten Lösung widersprechen würde, die wirtschaftlichen Empfehlungen als einen einfachen Wunsch aufzufassen. Die Schwierigkeit bestete darin, daß der Friedensvertrag nur die Politisierung der Grenzlinie vorsehe, nicht aber der wirtschaftlichen Maßnahmen.

Eine polnische Lüge.

Kein Generalstreik der österr. Eisenbahn.

Polnische Zeitungen verbreiten aus angeblich „gut unterrichteter“ Quelle, daß alle deutschbesetzten Stationsvorsteher auf der linken Oderseite ein Geheimstreben erhalten haben, das aus Cösel vor das Lager verbannt worden ist. Darin heißt es angeblich, daß Oberösterreich vor einem Generalstreik der Eisenbahner steht und den Eisenbahnerkreisen weitere Informationen in dieser Angelegenheit zugehen werden. Diese Meldung ist von Anfang bis Ende erfunden.

Paris, 13. Oktober. Saint Brice erklärt im Journal wiederholt, die Engländer betrachte die Grenzfrage und die Frage des wirtschaftlichen Status als so miteinander verbunden, daß man die Wahrung des interalliierten Kommission verlangen müsse, um den Beschluß des wirtschaftlichen Abkommens aufzuheben. Von den Franzosen werde aber nur die Grenzfrage als imperativ betrachtet. Ducreux teilt mit, daß Jules Cambon in der ersten Sitzung der Botschafterkonferenz die Ansicht ausgesprochen habe, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in dem Verlangen des Obersten Rates nicht vorgesehen seien, nicht absolut obligatorisch sein könnten. Der Botschafter Japans, Vicomte Jishi, und der englische Gesandtschaftsträger äußern, daß die Führer der Großmächte hätten sich am 12. 8. verpflichtet, die Lösung des Völkerbundes in der oberösterreichischen Frage, so wie sie der Bund vorschlägt, anzunehmen, jedoch die wirtschaftlichen Klauseln nicht von den territorialen Klauseln getrennt würden. Die Mandatäre des Obersten Rates hätten nicht das Recht, eine analytische Interpretation, inspiriert von Betrachtungen politischer oder anderer Interessen zuzulassen. Drei lange Stunden habe man darüber verhandelt. Ducreux erklärt, es sei deshalb eine gewisse diplomatische Gewagtheit, zu behaupten, wie es der amtliche Bericht der Botschafterkonferenz tue, daß die Botschafterkonferenz die Lösung des Völkerbundes als zu der ihrigen gemacht habe. Es sei auch etwas gewagt, in dem gleichen Bericht zu behaupten, daß man am Montag, also gestern, nur Einzelheiten der Ausführung regeln wolle.

Polnische Staatspolizei in Oberschlesien.

Der Kommandant der Staatspolizei für Oligalien. Sojowski, ist mit dem Vertreter des Kommandanten der Krakauer Bezirkspolizei in Oberschlesien eingetroffen, um in den den Polen zurückerhaltenen oberösterreichischen Gebieten eine polnische Staatspolizei zu organisieren.

Vom Wiesbadener Abkommen.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, ein interalliiertes Einverständnis über das Wiesbadener Abkommen werde vielleicht erzielt werden, jedoch nicht ohne sehr sorgfältige und materielle Änderungen. Auf britischer Seite deutsche Forderungen, die Wiederaufbau seiner zerstörten Städte mittels deutscher Unterstützung zu beschleunigen, Schlichtung für Großbritanniens das Maximum von erreichbaren Reparationen zu sichern, und aus diesem Grunde keine einseitigen zu Gunsten Deutschlands oder Frankreichs — auf irgendwelche wesentlichen britischen Rechte nicht verzichten. Der britische Vertreter müßte sich daher in der Hauptsache von zwei Faktoren leiten lassen:

1. der etwaigen nachteiligen Wirkung des Wiesbadener Abkommens in seiner gegenwärtigen Gestalt und auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit und
2. von dem Umfange, in dem das Wiesbadener Abkommen Frankreichs Priorität gewährt.

Pyrmonts Anschluß an Preußen.

Von amtlicher preussischer Seite wird mitgeteilt: Am 16. Oktober haben 2546 Einwohner Pyrmonts für den Anschluß an Preußen, 640 gegen Preußen gestimmt. Das bedeutet, daß sich eine Mehrheit von 80 Prozent für den Anschluß ausgesprochen hat. Das Ergebnis zeigt die erfreuliche Tatsache, daß Preußen doch noch eine große Anhängerschaft besitzt. Anzumerken werden die Vertreter zum Staatsvertrage beschleunigt werden.

Die Engländer auf der Washingtoner Konferenz.

Die Times berichtet, daß das britische Reich auf der Washingtoner Konferenz durch 7 Delegierte vertreten sein werde, von denen 4 aus den Dominions und die anderen aus Großbritannien kommen. Wen nicht Ereignisse von außerordentlicher Wichtigkeit Lord George verhinern sollte, werde die Delegation des britischen Reiches bestehen aus Lord George, Balfour, Lord Lee — Großbritannien, Stiminaca — Sibirien — Indien, Lord Robert Borden — Kanada, Sir Verace — Australien und Sir John Salomon — Neuseeland. Außerdem wird der britische Botschafter in Washington von Zeit zu Zeit an den Verhandlungen teilnehmen.

Die holländische Delegation für Washington.

Wie die Wäters melden, hat Holland die Einladung zur Washingtoner Konferenz angenommen. In der Spitze der holländischen Delegation wird der Außenminister van Karnebeek stehen, der der letzten Völkerbundversammlung in Genf präsierte.

Ablehnung deutsch-österreichischer Anträge.

Der amerikanische Senat hat durch John Burdette einen von dem demokratischen Senator Wolf aus Montana vorgelegenen Zusatzantrag zum Friedensvertrag mit Deutschland zurückgewiesen, der ein Zusammengehen der Vereinigten Staaten mit anderen Mächten, Deutschland gegen jeden nicht herausgeforderten feindseligen Einfall zu schützen, billigt. Ein zweiter Antrag desselben Senators, der verlangt, daß die Vereinigten Staaten für den Fall, daß Deutschland ohne Herausforderung feindseligen Angriffen würde, aus freien Stücken ihre Hilfe anboten, wurde ebenfalls mit 62 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Verhandigung der Sowjetregierung mit den Menschewiki?

In der vorigen Woche wurden sämtliche in Haft befindlichen Menschewiki aus den Gefängnissen entlassen. Die Sowjetregierung verhandelt seit geraumer Zeit mit den Sozialrevolutionären und der Sozialdemokratischen Partei. Es scheint, als wäre es ihr gelungen, sich mit den Menschewiki zu verständigen, wodurch die Aussichten für die Einberufung einer konstituierenden Versammlung in absehbarer Zeit sich wesentlich gebessert hätten.

Wiedereröffnung der Höchster Farbwerke.

Die Wiedereröffnung der Höchster Farbwerke ist, wie die Direktion mittelt, unter den von der Direktion gestellten Bedingungen erfolgt. d. h. die schon vor der Stilllegung geltenden tariflichen Vereinbarungen bleiben maßgebend. Die Wiedereröffnung erfolgt nach freiem Ermessen der Direktion und nach Bedarf. Die wieder-einzustellenden Arbeiter werden in ihre alten Rechte wieder eingeweiht. Nicht geleistete Arbeit wird nicht bezahlt. Die Wiedereröffnung vollzieht sich in Ruhe und Ordnung.

